



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Münster

Kommunalwahlprogramm 2004

Münster für alle.

Wir bewegen Münster.



MÜNSTER FÜR ALLE – WIR BEWEGEN MÜNSTER

Münsters SPD tritt bei der Kommunalwahl 2004 für einen Politikwechsel in unserer Stadt an: Bewegung statt Stillstand in Münster, Gerechtigkeit statt einseitiger Verteilung von Lasten, Nachhaltigkeit statt kurzsichtigem Handeln für die Zukunft unserer Stadt.

Eine bessere Politik für Münster

Münster hat eine bessere Politik verdient. Die derzeitige Ratsmehrheit in Münster bedeutet Stillstand und Untätigkeit. Die Jahre seit 1999 waren für Münster verlorene Jahre: In der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt müssen wir den schleichenden Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in Gewerbe und Verwaltungen beklagen. Seit 1999 ist die Ausweisung von Gewerbegebieten nicht mehr vorangekommen. Dem Wirtschaftsstandort Münster hat die Ratsmehrheit nachhaltig geschadet, indem sie durch ein kopfloses Ultimatum an den Investor die Bebauung der Stubengasse vorerst gestoppt hat. Seit fünf Jahren warten die Münsteranerinnen und Münsteraner auch auf entscheidende Schritte zur Realisierung des Kulturforums Westfalen und der Musikhalle sowie zum Bau eines Fußballstadions. Ebenso lange ist nicht ein einziger Schritt zur so dringend notwendigen Sanierung des Hauptbahnhofs unternommen worden. Münster kann sich fünf weitere Jahre der Untätigkeit nicht leisten. Münster braucht einen neuen Aufbruch.

Viele Münsteranerinnen und Münsteraner wenden sich ab von dieser Politik, die schon lange nicht mehr die Interessen einer Mehrheit in unserer Stadt vertritt. Den geplanten Teilverkauf der Stadtwerke haben die Bürgerinnen und Bürger mit einem Bürgerentscheid verhindert. Das unsinnige Projekt einer Tiefgarage unter dem Ludgerikreisel wird nicht nur von allen direkt Betroffenen, sondern auch von einer Mehrheit der Münsteranerinnen und Münsteraner angelehnt. Beide Vorhaben sind Ausdruck einer Politik, die pure Ideologie an die Stelle einer Politik mit Augenmaß für die Menschen in Münster setzt. Unsere Stadt braucht aber eine Politik, die an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen orientiert ist, und nicht an

Privatisierungsideologien und einer unausgewogenen Verkehrspolitik, die die Lasten einseitig verteilt.

Gerechtigkeit für unsere Stadt

Münster braucht eine Politik, die für alle Münsteranerinnen und Münsteraner gemacht wird. Wir brauchen eine gerechte Politik, die Leistungen und Lasten fair verteilt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen daher die Pläne für eine Tiefgarage unter dem Ludgerikreisel ab. Den Menschen, die in der Nähe wohnen und die ohnehin schon durch den Verkehr belastet werden, dürfen nicht weitere Zumutungen aufgebürdet werden. Die ungeheuren Kosten sind eine schwere Belastung für die Zukunft.

Wir setzen uns auch für eine gerechte Verteilung der Gebührenlasten bei der Abfallentsorgung ein. Eine Verteilung der Lasten, bei der die einen die Tonnen der anderen subventionieren, lehnen wir ab. Wir wollen eine zügige Neuregelung der Abfallgebühren, die klar, transparent und ehrlich ist.

Wir wollen, dass das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Hand bleibt. Einen Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir in allen Bereichen ab. Wir bekennen uns zu den städtischen Unternehmen, zu gerechten Löhnen für ihre Beschäftigten und einer bedarfsgerechten Grundversorgung.

Münster braucht Bewegung

Münster steht vor großen Herausforderungen, die wir aktiv gestalten wollen. Münster braucht Bewegung in der Politik.

Wir wollen eine Politik für Familien: Wir setzen uns für eine Politik ein, die auf das solidarische Zusammenleben der Generationen in unserer Stadt Münster und eine Politik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt. Wir wollen nach fünf Jahren Stillstand seit 1999 eine deutliche Verbesserung der Betreuungsangebote für Kinder erreichen. Mit unserer Politik in Bund und Land setzen wir die Offene Ganztagschule um, und ab 2004 werden wir auch kommunal dafür sorgen, dass

die nötigen Betreuungsangebote bereit stehen: Nur so sorgen wir dafür, dass Kinder gleichberechtigten Zugang zu Bildungschancen erhalten und dass Familie und Beruf für ihre Eltern besser vereinbar werden.

Wir wollen neue Arbeitsplätze in Münster ansiedeln. Wir setzen dazu in erster Linie auf das Leitbild der Gesundheitsstadt für die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung. Unsere Politik der nachhaltigen Stadtentwicklung setzt deshalb auf die Ansiedlung und Entwicklung neuer Arbeitsplätze in den Bereichen von Gesundheit, Medizin und Biotechnologie. Münster hat große Chancen, wenn wir die Gesundheitsstadt zu einem starken Pfeiler unserer Wirtschaftspolitik machen.

Der Hauptbahnhof soll ein attraktives Tor zur Stadt werden. Eine komplette Sanierung des Bahnhofs ist für die Entwicklung der ganzen Stadt dringend erforderlich – für die wirtschaftliche Entwicklung genauso wie für die Menschen in Münster. Denn unsere Stadt hat ein attraktives Stadttor verdient. Die Sanierung des Bahnhofs und die Entwicklung des Stückgutbahnhofgeländes wollen wir zu einem Projekt machen, von dem viele Menschen profitieren und durch das die Lebensqualität in unserer Stadt verbessert wird. Wir wollen dafür auch städtisches Geld investieren, wenn anders keine Verbesserung erreicht werden kann, weil an dieser Stelle der Stadt endlich etwas passieren muss.

Die Grundlage für alles: Finanzen solide und nachhaltig gestalten

Unsere Stadt ist in den letzten Jahren finanziell in ein schwieriges Fahrwasser geraten.

Die gegenwärtige Schieflage des Haushalts wird auch in den kommenden Jahren den politischen Spielraum prägen und enger machen. Es kommt darauf an, mittel- und langfristig eine Haushaltskonsolidierung zu erreichen. Dies wird nur durch eine konsequente Haushaltsdisziplin und einen nachhaltigen Umgang mit den Finanzen der Stadt zu erreichen sein. Dieses Ziel wollen wir erreichen, ohne darum auf unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu verzichten. Wir formulieren unsere Ziele heute unter dem Vorbehalt ihrer tatsächlichen Finanzierbarkeit. So muss zu Beginn der nächsten Wahlperiode ein Kassensturz erfolgen. Wir fordern jedoch nur, was wir nach heutigem Stand wirklich für machbar und realisierbar halten.

Die SPD hat in der Ratsperiode 1994 – 1999 gezeigt, dass sie verantwortungsvoll mit den öffentlichen Geldern umgeht. Sie hat bewusst darauf verzichtet, sprudelnde finanzielle Einkünfte in populistische Projekte umzumünzen. Stattdessen wurde ein nicht unerheblicher Teil der Steuereinnahmen als Rücklagen angespart. Nur so war es möglich, dass in den letzten Jahren noch ein Haushaltsausgleich in Münster zu erreichen.

Münsters SPD steht für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Eine strenge Haushaltsdisziplin und sorgfältige Prüfung der Ausgaben für alle Bereiche ist das Gebot der Stunde. Wir wollen den Haushalt der Stadt Münster zielstrebig konsolidieren und langfristig wieder auf eine solide Grundlage stellen.

Die Reaktion auf die wachsenden Haushaltsprobleme darf jedoch nicht eine kurzsichtige Rotstiftpolitik sein. Wir dürfen die Stadt nicht kaputt sparen, da wir dringend Mittel brauchen für Schulsanierung und Betreuungsplätze sowie für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Münster. Hier blind zu kürzen, würde uns in der Zukunft teuer zu stehen kommen. Es würde im Zweifel dazu führen, dass die Politik nur noch mit weiteren Streichungen auf explodierende und nicht mehr steuerbare Ausgaben reagieren kann. Wir setzen dagegen auf eine planvolle und nachhaltige Finanzpolitik. Das strukturelle Missverhältnis von Einnahmen und Ausgaben kann nur mit einer konsequenten Vorsorgepolitik angegangen werden. Die Stärkung der Familien und Investitionen in wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung verbessern in Zukunft die Finanzsituation der Stadt. Deshalb setzen wir hier Schwerpunkte.

Gerade in Zeiten großer Finanzknappheit darf die Weiterentwicklung der Stadt nicht aus den Augen verloren werden. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Bewerbung Münsters als Kulturhauptstadt Europas 2010 und die Umgestaltung des Bahnhofs.

Wir wollen daher mit klaren Prioritäten für eine zukünftige Stadtentwicklung deutlich machen, wo wir auch mit knappen Mitteln Chancen für die Zukunft entwickeln wollen.

WIR SETZEN PRIORITÄTEN: FÜR DEN BAHNHOF.

Münster ist eine attraktive Stadt mit vielen Qualitäten. Der Bahnhof allerdings gehört zu den großen Ärgernissen für viele Bürgerinnen und Bürger. Die derzeitige Situation ist unbefriedigend, und in den letzten fünf Jahren ist ein fortdauernder Stillstand in der Bahnhofsdiskussion festzustellen. Wir wollen anpacken, den Bahnhof zu einem attraktiven Stadttor umgestalten und so ausbauen, dass er zu einer wirklich vorzeigbaren Drehscheibe für den gesamten öffentlichen Personennahverkehr wird. Wir verfolgen dabei ein Gesamtkonzept für das Bahnhofsareal, das aus kurzfristigen und mittelfristigen Elementen besteht. Ein Umbau nur des Bahnhofsgebäudes ist auf lange Sicht viel zu wenig, aber er ist ein erster Schritt zur Aufwertung und Umgestaltung des gesamten Areals.

Bahnhofsgebäude umbauen statt Parkhaus am Ludgerikreisel

Wir wollen deshalb zügig mit der Deutschen Bahn AG über einen Umbau des Bahnhofsgebäudes verhandeln und die bereits erstellten Pläne und Ideen für eine neue Bahnhofshalle aufgreifen und möglichst zeitnah umsetzen. Wir wollen in der Stadt und beim Bund politischen Druck entfalten, um einer Sanierung des Hauptbahnhofs Münster Priorität zu verleihen. Es genügt aber nicht, bei einem Umbau nur auf die Bahn als Eigentümerin zu verweisen, wir wollen, dass auch die Stadt klare Prioritäten für den Bahnhofsausbau setzt. Wir wollen daher nicht nur die Unterstützung von Bund und Land für das Projekt sichern, sondern auch städtische Finanzmittel einsetzen, um eine Sanierung und einen Umbau des Bahnhofs zu unterstützen. Wir müssen der Bahn AG deutlich machen, dass für Münsters Kommunalpolitik der Umbau des Bahnhofs das zentrale städtebauliche Projekt der nächsten fünf Jahre darstellt. Wir wollen deshalb einen Teil der Gelder, die die derzeitige Ratsmehrheit für Maßnahmen in Zusammenhang mit der Errichtung einer Tiefgarage unter dem Ludgerikreisel vorgesehen hat, für den Umbau des Bahnhofs einsetzen.

Münster braucht ein attraktives Stadttor an dieser Stelle – eine sinnlose Tiefgarage unter dem Ludgerikreisel, die Millionen verschlingt, braucht Münster dagegen nicht. Wir setzen daher darauf, dass wir mit einem entsprechenden städtischen

Finanzierungsbeitrag die Sanierung und den Umbau des Hauptbahnhofs beschleunigen und realisieren können. Investitionen sind beim Bahnhof besser angelegt als in einer Tiefgarage am Ludgerikreisel, denn dort kommen sie weit mehr Menschen zu Gute. Die politische Prioritätensetzung zugunsten einer Bahnhofssanierung ist daher auch ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in unserer Stadt: Anstatt städtisches Geld für ein ideologisches Projekt auszugeben, wollen wir eine entscheidende Zukunftsinvestition in die Attraktivität unserer Stadt und ihres öffentlichen Personennahverkehrs tätigen. Einzelhandel am Bahnhof kann die Aufenthaltsqualität und die Sicherheit am Bahnhof deutlich verbessern. Münster wird als Oberzentrum von einem attraktiven Bahnhof entscheidend profitieren und an Lebensqualität gewinnen. Eine Investition in den Bahnhof nützt allen Menschen in unserer Stadt, eine Tiefgarage unter dem Ludgerikreisel nützt ihnen nicht.

Wir wollen im Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnhofs auch das Bahnhofsumfeld neu gestalten. Dazu gehört die Realisierung einer neuen, kleineren Radstation an der Ostseite des Bahnhofs. Wir wollen das Chaos, das rings um den Bahnhof durch abgestellte Fahrräder nach wie vor entsteht, so eindämmen und das Areal um den Bahnhof attraktiver gestalten. Außerdem wollen wir die Übergänge vom Rad auf die Schiene für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer attraktiver machen. Dieser Grundsatz gilt auch für diejenigen, die mit dem Auto zum Bahnhof kommen. Wir brauchen am Hauptbahnhof Möglichkeiten des Übergangs, wo ein Ein- und Aussteigen und das Abschiednehmen und die Begrüßung von Bahnfahrerinnen und Bahnfahrern erleichtert wird. Der Bahnhof ist so umzugestalten, dass Menschen mit Behinderungen einen barrierefreien Zugang zu den Verkehrsträgern ermöglicht wird. Im Zuge der Umgestaltung des Bahnhofs setzen wir uns daher dafür ein, dass die Möglichkeiten des Übergangs vom PKW zur Bahn attraktiver und besser gestaltet werden als derzeit.

Unsere Vision: Stückgutareal einbeziehen – große Chancen für Münster

Der Bahnhof soll in der nächsten Wahlperiode saniert und umgebaut werden, mittelfristig aber wollen wir ihn zu einem attraktiven Stadttor ausbauen. Wir wollen dabei das Stückgutareal zwischen den Gleisen in Richtung Süden in die Umgestaltung mit einbeziehen. Schon 1994 – 1999 haben wir die Planung für dieses

Vorhaben begonnen, sie ist seitdem nicht weiter vorangekommen. Heute verlaufen in dem Areal die Eisenbahnstrecken von Münster in Richtung Dortmund, Essen, Hamm und Coesfeld. Einen großen Teil der Fläche nimmt der ehemalige Stückgutbahnhof ein.

Grundlegende Voraussetzung für eine Neugestaltung der Flächen ist eine umfassende Neustrukturierung der Bahnflächen und -wege. Zahlreiche Gleise sind schon heute ungenutzt. Weitere Teile lassen sich an andere Stellen weiter südlich verlagern - mit dem Ziel, diese citynahen Flächen in die Stadt zu integrieren. Südlich des Hauptbahnhofs können die Gleise zusammengefasst werden und am östlichen Rand der heutigen Anlagen verlaufen. Der gesamte Teil, der westlich davon liegt, kann dann zu städtischem Raum werden und eine völlig neue Gestalt erhalten. In ersten Gesprächen gab die Deutsche Bahn eine Bereitschaft dazu zu erkennen.

Wir sehen in diesem Projekt große Entwicklungschancen für Münster. Nachdem wir in Regierungsverantwortung den Ausbau und die Entwicklung des Hafengebiets mit Cineplex, Stadthaus III und Kreativkai voran gebracht haben, bietet der Bereich des Stückgutbahnhofs die Chance, dieses Areal mit dem Südviertel zu verknüpfen und Übergänge zu schaffen. Moderne Wohn-, Dienstleistungs- und Gewerbeflächen können sowohl die Lebensqualität wie auch die Wirtschaftskraft unserer Stadt deutlich steigern. Im südlichen Bereich des Stückgutareals wollen wir vor allem Raum zum Wohnen und Arbeiten schaffen. Wir wollen mit Projektmitteln des Landes, die für solche Vorhaben zur Verfügung stehen, hier einen entscheidenden Schritt zu Schaffung attraktiven innenstadtnahen Wohnraums schaffen: Innenentwicklung vor Außenentwicklung – dieser Leitgedanke lässt sich hier ideal anwenden. Dabei machen die günstige Lage und die Potenziale der angrenzenden Viertel das Areal zu einem attraktiven Wohnstandort. Aber auch für Unternehmen besitzt dieses Areal einen besonderen Charme: Der neue städtische Raum bietet ein interessantes Umfeld für neue Unternehmen und deren Kunden.

Ein wichtiges Entwicklungsziel sollte dabei die Schaffung von neuem Wohnraum darstellen. Es sollte geprüft werden, ob durch die zentrale Lage und die Nähe zum ÖPNV auf der Friedrich-Ebert-Straße das neue Quartier in einem Teilbereich verkehrsberuhigt geplant werden kann. Das macht diesen Raum gerade für Kinder attraktiv. Auch ältere Menschen werden die Lärmreduzierung zu schätzen wissen. Für sie sollte zumindest ein

Teil der Wohneinheiten barrierefrei geplant werden. Damit können die Bewohnerinnen und Bewohner auch im Alter und mit Mobilitätseinschränkungen im Viertel wohnen bleiben. Durch ein mobiles Serviceangebot für Seniorinnen und Senioren, das sich auch im neuen Quartier ansiedeln könnte, wäre eine bedarfsgerechte Betreuung sicher gestellt. So kann das Viertel auch langfristig lebendig und für alle Generationen attraktiv bleiben.

Mit der Umgestaltung des Areals werden gleich drei lange verfolgte Ziele realisierbar. Der neue Verlauf der Streckengleise, der deutlich schmaler sein wird als heute, erlaubt einen einfacheren Durchstich des Albersloher Weges in Richtung Innenstadt. Die täglichen Staus auf Hafenstraße und Hansaring, insbesondere im Abschnitt unter den Bahnbrücken, können damit beseitigt werden. Es kann zudem eine neue Verbindung geschaffen werden zwischen dem Südviertel und dem Bereich rund um den Stadthafen und den Albersloher Weg. Denn trotz der geringen Entfernung ist der südliche Bereich der Stadt von den Einrichtungen und Freizeitmöglichkeiten, die dort entstanden sind, weitgehend getrennt. Eine neue Fuß- und Radwegeverbindung würde dies ändern.

Die Umgestaltung des Stückgutareals soll mittelfristig eine Brücke von der Altstadt zum Hafengebiet schlagen, das wir in Regierungsverantwortung 1994 – 1999 entwickelt haben. Dieser Brückenschlag muss verkehrsplanerisch mit dem Durchstich zum Albersloher Weg gelingen, und funktional kann dies mit einem neuen Einzelhandels- und Dienstleistungskomplex mit Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen erfolgen, der für das Gebiet im Dreieck zwischen kleiner Bahnhofstraße, dem künftigen Gleisverlauf und dem Hansaring bereits von uns vorgeschlagen wurde.

Gesamtkonzept Bahnhof – unsere Vision für Münster

Den Umbau des Hauptbahnhofs und seines Umfelds wollen wir in der nächsten Wahlperiode schaffen. Münster braucht Bewegung und neue Impulse, deswegen packen wir die Sanierung und Umgestaltung jetzt an. Weitere Zeit der Untätigkeit darf nicht mehr vergehen. Mittel- und langfristig wollen wir mit der Einbeziehung des Stückgutareals weiter gehen. Die Entwicklung dieser Fläche wollen wir gemeinsam mit der Bahn AG angehen und aus den Vermarktungserlösen der Flächen sowie Fördermitteln von Bund und Land für die Umwandlung von Industriebrachen finanzieren. Wir sehen in einem solchen Gesamtkonzept

einzigartige Entwicklungschancen für Münster, mit denen sich die Lebensqualität deutlich steigern lässt. Eine klare Priorität des Bahnhofprojekts und der Verbesserung seines Umfelds ist ein Angebot für die Menschen in unserer Stadt, das wir gegen das Konzept verfehlter Tiefgaragenpläne für den Ludgerikreisel setzen.

LEBEN IN MÜNSTER – SOLIDARITÄT, GERECHTIGKEIT UND EINE ATTRAKTIVE STADT

An diesen Leitlinien wollen wir uns orientieren: Wir wollen für mehr Gerechtigkeit in unserer Stadt sorgen, wir stehen für eine solidarische Stadtgesellschaft, und wir setzen auf Lösungen, die das Leben in Münster attraktiver machen sollen – wir lösen den Stillstand auf.

Wir sorgen wieder für Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Stadt

Wir setzen uns dafür ein, dass Münster wieder gerechter wird: Chancen und Zukunftsperspektiven müssen so verteilt werden, dass sie nicht nur Wenigen zu Gute kommen, Lasten müssen von allen ihrer Leistungskraft entsprechend gleichermaßen getragen werden. An vielen Stellen ist in Münster in den letzten fünf Jahren gegen diesen Grundsatz verstoßen worden. Wir setzen auf das Leitbild einer solidarischen Stadtgesellschaft, in der Mitmenschlichkeit und Engagement der Bürgerinnen und Bürger das Zusammenleben prägen. Dies wollen wir auch mit unserer Politik unterstützen.

Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass die Müllgebühren in Münster so schnell wie möglich so umgestellt werden, dass sie die Lasten deutlich gerechter verteilen. Eine Verteilung der Lasten, bei der die einen die Tonnen der anderen subventionieren, lehnen wir ab. Wir wollen eine zügige Neuregelung der Müllgebühren, die klar, transparent und ehrlich ist – unabhängig davon, in welchen Häusern und Wohnsiedlungen Menschen wohnen. Die Möglichkeiten zur Begrenzung der Kosten für die Müllbeseitigung müssen ernsthaft geprüft und wenn möglich umgehend realisiert werden. Wir bekennen uns zu einer ökologischen und nachhaltigen Müllverwertung.

Ebenso wollen wir in Münster die Sportvereine fördern, die mit ihrer Arbeit einen ganz wesentlichen Beitrag zu einer lebenswerten Stadt leisten, wichtige soziale Integrationsleistungen erbringen und das Leben der Stadtteile bereichern. Wir wollen den Zugang zu allen Sportarten für Mädchen und Jungen, für Männer und Frauen gleichermaßen attraktiv machen. Eine **Sportförderung**, bei der die Gehälter einer Profifußballabteilung einen jährlichen Zuschuss von 250.000 Euro aus der Stadtkasse erhalten, halten wir dagegen für falsch.

Wir wollen bei der **Vergabe von städtischen Grundstücken** für den Bau von Häusern Familien fördern und bevorzugen, um auch die Abwanderung junger Familien ins Umland begrenzen zu können. Wir streben dazu eine Änderung der in der letzten Wahlperiode von der Ratsmehrheit verabschiedeten Vergaberichtlinien an: Wir wollen Grundstücke nur an solche Familien vergeben, die noch keines besitzen - Wohneigentumsbildung hat Vorrang vor Vermögensbildung. Wir begrüßen, dass bei der Grundstücksvergabe ehrenamtliches Engagement in den verschiedenen Institutionen mit berücksichtigt wird. Wir halten jedoch die Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements in den Parteien wegen der personellen Überschneidung von Kommunalpolitikern und Parteimitglieder für nicht angebracht. Wir werden deshalb die von der derzeitigen Ratsmehrheit durchgesetzte Regelung unverzüglich rückgängig machen.

Wir schaffen ein Ticket für alle Schülerinnen und Schüler, das analog zum Semesterticket für alle Fahrten mit Bus und Bahn gelten soll, egal ob der Weg zur Schule führt oder in der Freizeit stattfindet. Dieses Ticket soll auf freiwilliger Basis für alle Schülerinnen und Schüler gelten, unabhängig davon, wie weit sie von ihrer Schule entfernt wohnen und zu welcher Schule sie gehen – ob zur Grundschule, zu einer weiterführenden Schule oder zu einem Berufskolleg. Mit den bisher aufgewandten zusätzlichen freiwilligen Leistungen der Stadt im Bereich der Fahrtkostenerstattung finanzieren wir kostenneutral ein Angebot, von dem nicht nur – wie bisher – wenige Schülerinnen und Schüler profitieren, sondern eines, das

allen zugute kommt. Die Spezialverkehre für Schülerinnen und Schüler werden wir unabhängig davon weiter fortführen.

Das von der derzeitigen Ratsmehrheit eingeführte gescheiterte Projekt einer „Familiencard“ wollen wir beenden und durch eine zielgenaue Förderung ersetzen, die diejenigen fördert, die dringend Hilfe brauchen. Die Streichung des von uns eingeführten Münster-Passes war falsch. Wir wollen daher wieder mehr Gerechtigkeit herstellen, die „Familiencard“ abschaffen und prüfen, wie wir stattdessen mit dem Geld auch den Schwächeren in unserer Stadt wieder Mobilität sowie Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten ermöglichen können.

Zu einer gerechten und solidarischen Stadt gehört auch, dass die Stadt Münster mit gutem Beispiel voran geht. Als Arbeitgeberin beschäftigt die Stadt eine große Zahl von Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt die **Schwerbehindertenquote** erfüllt und so ein positives Beispiel für privatwirtschaftliche Unternehmen abgibt. Zugleich muss die Stadt auch ihrer Ausbildungsverpflichtung gerecht werden, wo immer dies möglich ist.

Gerechter wird Münster nur, wenn auch die Geschlechtergerechtigkeit zu einer Leitlinie einer künftigen Stadtentwicklung wird. **Gender Mainstreaming** ist für uns das Konzept, mit dem wir bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen, Begabungen und Qualitäten von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig berücksichtigen wollen. Denn das Leben von Frauen und Männern weist in den meisten Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens große Unterschiede auf, ohne dass dies immer bewusst wäre.

Die solidarische Stadt entsteht nicht durch politische Entscheidungen, sondern durch das Engagement und den Einsatz ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ehrenamtliche Tätigkeit sorgt für das Netz an Solidarität, das Münster erst zu einer lebenswerten und offenen Stadt macht, in der die Starken die Schwachen stützen.

Dieses Engagement wollen wir, wo immer es möglich ist, politisch unterstützen. Wir wollen deswegen

- eine **Jugendcard** für Münster, die das ehrenamtliche Engagement von Kindern und Jugendlichen in Kirchen, Vereinen, Schulen und anderswo fördert und unterstützt: Wer sich für andere einsetzt und Verantwortung übernimmt, soll mit Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen und – wenn das realisierbar ist – darüber hinaus rechnen können. Damit wollen wir auch das bisherige Angebot einer Jugendleiterkarte („Juleica“) deutlich verbessern und auf weitere Gruppen ehrenamtlich tätiger Jugendlicher ausweiten.
- eine neue **Stiftung der Bürgerinnen und Bürger** für unsere Stadt verwirklichen. Im Kreis einer „Münster-Stiftung“ sollen neben besonders engagierten Bürgerinnen und Bürgern auch Vertreterinnen und Vertreter z.B. von Schulen, Kirchen, Hochschulen und Vereinen, Wirtschaft, Verbänden und Verwaltungen usw. zusammenfinden. Ziel der selbstständigen und von politischen Einflussnahmen unabhängigen "Münster-Stiftung" soll es sein, eine große Zahl an Bürgerinnen und Bürgern unter einem Dach zusammenzuführen, um im Rahmen der Stiftungsaktivitäten bürgerschaftlich-gemeinnütziges Engagement in Münster weiter auszubauen, zu stärken und zu bündeln.
- das breite bürgerschaftliche Engagement für das Thema der **Lokalen Agenda** wieder aufgreifen und die vielen guten Projektideen auf Realisierbarkeit prüfen und dann umsetzen.

Die solidarische Stadt entsteht durch das Engagement vieler Menschen, die sich für andere einsetzen. Die Politik muss hier Unterstützung anbieten. Unsere Partner sind vor allem die Kirchen, die Vereine und die Träger von Hilfsangeboten, die gerade auch vor Ort in den Stadtteilen die soziale Infrastruktur unserer Stadt gewährleisten. Wir wollen sie auch weiter als Partner für wichtige Projekte gewinnen, so z.B. für die Offene Ganztagschule und den Ausbau der Betreuungsangebote, den wir planen. Besser als städtische Angebote ist die

Selbstorganisation von Betroffenen, und daher wollen wir die Arbeit des Ausländerbeirats, der Behindertenkommission, des Runden Tisches von Schwulen und Lesben und aller anderen Selbsthilfeorganisationen unterstützen und fördern. Zur Förderung des Engagements gehört auch eine angemessene Ausstattung derer, die ehrenamtlich in der sozialen Arbeit, bei Feuerwehr, Katastrophenschutz, Rettungswesen und im Umweltschutz tätig sind.

In einer solidarischen Stadt wollen wir diejenigen, die unsere besondere Hilfe brauchen, unterstützen und ihnen ein selbst bestimmtes Leben ermöglichen. Münster verfügt schon jetzt über ein gut ausgebautes Netz von Hilfen und Unterstützung, aber wir wollen Verbesserungen erreichen, indem wir

- das wertvolle Engagement von Erzieherinnen und Erziehern, von Lehrerinnen und Lehrern, die mit sozial belasteten und lernschwachen Kindern und Jugendlichen arbeiten, stützen und im Ergebnis optimieren. Dies geschieht mit Hilfe einer unbürokratischen verlässlichen Vernetzung der Potenziale von Sozial- und Jugendverwaltung sowie der Träger der Jugendhilfe mit Fördermaßnahmen in Kindergärten und Schulen. So ließen sich die bestehenden Lücken im „sozialen Frühwarnsystem“ zugunsten derer verringern, die unserer besonderen Hilfe bedürfen.
- für Migrantinnen und Migranten bessere Möglichkeiten der Integration in unsere Stadtgesellschaft schaffen. Wir wollen deren Organisationen in den Dialog der Stadtgesellschaft einbinden und ihnen mehr Mitsprachemöglichkeiten einräumen. Nur der Dialog verhindert die Entstehung von Fundamentalismus. Wir wollen bei der zahlenmäßig größten Gruppe, den Russlanddeutschen, Selbsthilfeorganisationen unterstützen, für integrative Treffmöglichkeiten sorgen und mit gezielten Programmen für Jugendliche vor allem Sprachkompetenz schaffen. Ein neues interkulturelles Konzept für Münster soll in den nächsten fünf Jahren erarbeitet werden. Flüchtlinge wollen wir dezentral unterbringen, das entsprechende Münsteraner Konzept ist bundesweit vorbildlich.

- den Menschen ermöglichen, in ihrer gewohnten Umgebung alt werden zu können. Dazu gehören nicht nur eine wohnortnahe Versorgung mit Einzelhandelsangeboten und kurze Wege zu Gesundheits- und Kultureinrichtungen, sondern auch eine dezentrale Pflegeinfrastruktur: Die Menschen sollen in ihren Wohnungen und Häusern alt werden können. Pflegeeinrichtungen wollen wir in überschaubaren Einheiten in den Stadtteilen ansiedeln und darauf politisch hinwirken. Ehrenamtliches Engagement in Familien, Kirchen und Vereinen, das älteren Menschen hilft, in ihrer gewohnten Umgebung bleiben zu können, wollen wir besonders unterstützen.

Wir machen uns dafür stark, dass sich Münster als Soziale Stadt wie eine Vielzahl von deutschen Kommunen endlich auch am gleichnamigen Bund-Länderprogramm beteiligt, damit der Strukturwandel insbesondere in den Außenstadteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf berücksichtigt und umgesetzt wird. Denn wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass die von der Verwaltung hierfür mittlerweile erarbeitete Stärken- und Schwächenanalyse in einen Maßnahmenkatalog einfließt. Hierzu sind auch entsprechende kommunale Budgets bereitzustellen, damit nicht, wie aktuell am Beispiel Kinderhaus-West festzustellen ist, Sofortmaßnahmen an einer Mittelbereitstellung von 25000,- € scheitern. Mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ können die vorhandenen Kräfte mobilisiert und neue Partnerschaften in einem sozialen Netzwerk aufgebaut werden, damit Münster auch in Zukunft für alle Menschen eine lebenswerte und somit soziale Stadt bleibt.

Wir sorgen für Beteiligung der Münsteranerinnen und Münsteraner an der Politik

Wir treten dafür ein, dass mehr Menschen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Gerade die Kommunalpolitik bietet die Chancen dazu. Weil die Münsteranerinnen und Münsteraner am besten wissen, was das Richtige für sie und ihre Stadt ist, wollen wir Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten deutlich ausbauen.

- Wir wollen Kindern wieder die Möglichkeit geben, sich an der **Gestaltung von Spielplätzen** zu beteiligen. Das entsprechende Modellprojekt wollen wir – anders als die derzeitige Ratsmehrheit – weiterführen.
- Wir wollen Kinder und Jugendliche an der Planung und Entwicklung ihrer Stadtteile beteiligen. Wir wollen dazu **stadtteilbezogene Kinder- und Jugendforen** einrichten, in denen mitdiskutiert und mitentschieden werden kann. Die Ergebnisse sollen in den Bezirksvertretungen beraten werden und in die Entscheidungen einfließen.
- Wir treten auf gesamtstädtischer Ebene für ein **kommunales Jugendparlament** ein, das Jugendlichen die Möglichkeit geben soll, wichtige kommunalpolitische Themen mitzuberaten und mitzuentcheiden. Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Sicht der Dinge in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Im Schulausschuss soll ein Platz mit den Vertretungen der Münsteraner Schülerinnen und Schüler besetzt werden.
- Durch eine direkt gewählte kommunale Seniorenvertretung eröffnen wir den älteren Bürgerinnen und Bürgern ab dem 60. Lebensjahr in unserer Stadt Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten in wichtigen Ausschüssen des Rates. Wir wollen den Vertreterinnen und Vertretern der älteren Generation ermöglichen, ihre Erfahrungen und Anliegen selbst einzubringen und zu vertreten. Die verdienstvolle Arbeit des Seniorenrates e.V. ist ein gutes Beispiel für das selbstorganisierte Engagement älterer Menschen in Münster.
- Im Bereich der Stadtplanung wollen wir die Mitsprache- und **Mitentscheidungsrechte von Menschen mit Behinderungen** verbessern. Eine barrierefreie Stadt soll das Ziel bei allen Bau- und Umbaumaßnahmen sein.
- Die Meinungsbildung in den Stadtteilen wollen wir durch **Zukunftswerkstätten** fördern, wo Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Verantwortung für ihren Stadtteil übernehmen. Nach dem Vorbild der erfolgreichen Stadtteilwerkstatt im Kreuzviertel können wir uns dies auch in den Außenstadtteilen, etwa in Albachten, Handorf oder Wolbeck vorstellen.

In den Zukunftswerkstätten sehen wir auch ein Instrument bürgerschaftlichen Engagements zur Kriminalprävention.

- Wir setzen auf **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern an einer qualitativen Planung und Entwicklung** unserer Stadt. Auch bei der Planung von Projekten Dritter muss der qualitative Aspekt wieder stärker im Mittelpunkt stehen. Planerische und gestalterische Gesamtkonzepte sowie architektonische Qualität sollen auch hier – wo immer möglich – eingefordert und in einem breiten bürgerschaftlichen Dialog entwickelt werden.

Wir wollen Münster noch attraktiver machen

Münster ist schon jetzt eine attraktive und lebenswerte Stadt. Nach dem Stillstand in den letzten fünf Jahren droht ein Rückschritt, und es wird Zeit, mit neuen Ideen das Leben in Münster noch interessanter und lohnender zu machen.

Münsters große Stärke ist sein Kulturangebot. Mit der **Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt**, die wir gegen Widerstände vorangebracht haben, hat Münster diesen Anspruch auch vor den Augen einer nationalen und internationalen Öffentlichkeit unterstrichen. Unabhängig vom Erfolg dieser Bewerbung ist es erforderlich, diese Bewerbung als einen nachhaltigen Prozess zu begreifen, von dem vor allem die Bürgerinnen und Bürger in Münster profitieren. Wir sehen in dem breiten Kulturangebot aber auch eine Stärkung der oberzentralen Funktionen Münsters bis weit in die Region hinein. Deswegen wollen wir die Kulturlandschaft in Münster weiterhin und dauerhaft stärken:

- Wir halten am mittelfristigen Projekt eines **Kulturforums** auf dem Hindenburgplatz fest. Das Land Nordrhein-Westfalen und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe haben ihre Zusage zur Errichtung eines Museums für Gegenwartskunst gegeben, aus der wir den Landschaftsverband nicht entlassen wollen. Gegenüber diesem Museum soll eine Musikhalle gebaut werden. Die Finanzierung dieses Vorhabens kann nur mit einem breiten bürgerschaftlichen Engagement gelingen. Unter dieser

Voraussetzung kann auch ein städtischer Finanzierungsbeitrag erfolgen. Mit dem Kulturforum kann Münsters Kulturlandschaft durch ein überregional bedeutendes Projekt aufgewertet und nachhaltig gestärkt werden. Den Send wollen wir am Hindenburgplatz erhalten.

- Im Jahr 2007 soll in Münster wieder eine **Skulpturenausstellung** stattfinden. Wir wollen alles dafür tun, damit Münster wieder Ort für dieses herausragende internationale Kunstereignis wird.
- Wir setzen auf eine vielfältige und reichhaltige Theaterkultur in Münster. Zur künstlerischen Vielfalt gehört, dass wir dauerhaft drei Sparten am Stadttheater in ihrem Bestand sichern wollen. Auch für die Kinder- und Jugendarbeit leistet das Theater in Münster einen unverzichtbaren Beitrag. Wir wollen deshalb auch den Autorenwettbewerb für das Kinder- und Jugendtheater weiterführen. Die freien Theater, die einen ganz wesentlichen Teil der kulturellen Vielfalt in Münster ausmachen, werden wir dauerhaft absichern.
- Wir setzen auf eine vielfältige Kulturlandschaft, die nicht nur Großprojekte berücksichtigt. Auch die „freie Szene“ macht einen wesentlichen Teil der Attraktivität Münsters aus. Wir wollen ihren Bestand am Hawerkamp sichern und darüber hinaus auch weiter dafür sorgen, dass freie Künstlerinnen und Künstler in Münster Unterstützung erhalten und Förderung genießen. Ihr kreatives Potenzial und ihr Engagement machen auch einen wesentlichen Teil der Lebensqualität in Münster aus.
- Wir wollen die Idee zur Gründung eines Kindermuseums in Münster politisch unterstützen: Kinder sollen die Möglichkeit erhalten, die Welt mit ihren Sinnen und Interessen zu entdecken.
- Die Stadtteilkultur wollen wir durch Wiederbelebung der Zukunftswerkstätten stärken. Wichtig sind uns dabei insbesondere Orte der Begegnung. Die Erfolge in Coerde, Gievenbeck, Hilstrup, Kinderhaus und Mecklenbeck zeigen, dass auch die übrigen Stadtteile noch eine Begegnungsstätte benötigen. So z.B. Albachten und Wolbeck.

Wir wollen die Attraktivität Münsters auch steigern, indem wir die städtische Bäderlandschaft neu ordnen. Wir wollen die hohen Defizite der Bäder dadurch eindämmen, dass wir eine Sanierung mit einer thematischen Neuausrichtung der Bäder verbinden. Wir wollen – wenn möglich zusammen mit einem privaten Investor – ein **Gesundheitsbad** schaffen, das Wellness- und Gesundheitsanwendungen anbietet. Viele Bürgerinnen und Bürger Münsters fahren derzeit in andere Städte, um ein solches Angebot wahrnehmen zu können. Ein Gesundheitsbad für Münster befriedigt eine bestehende Nachfrage und kann einen Beitrag leisten, die Bäderlandschaft dem heutigen Bedarf anzupassen. Zugleich stärkt es die Funktion Münsters als Zentrum der Region. Wir wollen auch prüfen, ob es darüber hinaus sinnvoll sein kann, ein Bad zum Sportbad für Vereine und an Sport interessierte Bürgerinnen und Bürger umzubauen und den Bädern so ein stärkeres Profil zu geben.

Münster braucht neben Breitensport auch Spitzensport. Das gilt auch für den Fußball. Nach Jahren einer quälenden und nicht erfolgreichen Debatte um ein neues Stadion und der Absage der anderen im Rat vertretenen Fraktionen an den Stadionbau in der letzten Wahlperiode halten wir daran fest, dass zu einer attraktiven Stadt auch ein wettkampftaugliches Stadion gehört. Wir halten einen Standort im Südosten der Innenstadt für geeignet, der heutige Stadthafen II ist dabei erste Wahl für uns. Wir halten unser Wort und geben unsere Zusage, dass die Stadt das Grundstück stellt und die Erschließung übernimmt, wenn ein privater Investor für den Bau und die Finanzierung des Stadions eintritt. Nur mit einer neuen Arena ist auch dem Verein dauerhaft geholfen. Direkte Subventionen von Spielergehältern aus Steuermitteln kommen für uns nicht in Frage.

Zur urbanen Lebensqualität in Münster gehört auch der Aasee, er stellt ein wichtiges Naherholungsgebiet mitten im Stadtzentrum dar. Wir wollen seine Attraktivität wieder steigern, indem wir Maßnahmen zu seiner Sanierung einleiten. Statt kostenträchtiger Programme, die mit dem Zusatz von Chemikalien nur kurzfristig Besserung herbeiführen, ist zunächst die Ursache der Aaseeverschmutzung zu bekämpfen: Wir wollen mit einer Regionalkonferenz die

benachbarten Kreise an einen Tisch holen und die Einleitung umweltschädlicher Stoffe unterbinden. Nur dann sind Investitionen in eine bessere Wasserqualität sinnvoll.

Um Münster dauerhaft attraktiv zu halten, müssen neue Entwicklungen nachhaltig sein und die natürlichen Ressourcen schonen. Wir setzen deswegen darauf, dass die Aktivitäten zum Klimaschutz wieder verstärkt werden. Um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, setzen wir auf einen weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplungstechnik und der Fernwärme. Im Bereich des Landschaftsschutzes wollen wir die Aufstellung und Umsetzung von Landschaftsplänen im „Roxeler Riedel“ und der „Hohen Ward/Davert“ zügig voranbringen. Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört auch, dass wir das von der Landesregierung aufgelegte Altbausanierungsprogramm zügig umsetzen wollen.

Zu einer attraktiven Stadt gehört darüber hinaus auch eine Kinder- und Familienfreundlichkeit, die auch im Stadtbild erkennbar werden soll. Wir wollen deswegen in Zusammenarbeit mit den Kaufleuten der Innenstadt dafür sorgen, dass die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt durch die Einrichtung von Spielmöglichkeiten für Kinder gesteigert wird. Die Kinderfreundlichkeit unserer Stadt beginnt in ihrem Zentrum und setzt sich in den Stadtteilen fort.

Ganz wesentlich besteht die Lebensqualität in Münster nämlich auch in der Vielfalt der Stadtteile. Wir wollen deren Attraktivität steigern durch konkrete Maßnahmen:

- Ein Einzelhandelskonzept muss darauf hinwirken, dass eine wohnortnahe und dezentrale Versorgung sichergestellt wird.
- Wir wollen die Stadtteilkultur stärken. In Hilstrup wollen wir einen Umbau des alten Bahnhofs zu einem Stadtteilkulturzentrum prüfen.
- Die dringend benötigten Ortsumgehungen in Roxel und Wolbeck werden wir voranbringen.

- Wir wollen mit einer dritten Buslinie für Gievenbeck diesen am schnellsten wachsenden Stadtteil besser in den Öffentlichen Personennahverkehr einbinden.
- Die Stadtteile wollen wir durch die Einrichtung von Ringlinien der Stadtbusse besser erreichbar machen.
- In Albachten wollen wir den Recyclinghof wieder herstellen.
- Wir wollen weiterhin bedarfsgerecht neue Sporthallen errichten, so z.B. an der Hansaschule im Hafenviertel und im Roxeler Schulzentrum.

Zu einer attraktiven Stadt gehören auch Sicherheit und Sauberkeit. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, sich in unserer Stadt sicher zu fühlen. In Münster sind glücklicherweise nur wenige schwere Straftaten zu verzeichnen, aber wir wollen dem Bedürfnis vieler Menschen nach Sicherheit entsprechen. Wir setzen bei der Bekämpfung von Kriminalität auf Prävention statt Repression. Deswegen wollen wir

- den kriminalpräventiven Rat stärken. Wir müssen die Ursachen von Kriminalität zielgenau bekämpfen.
- die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen in Schulbussen verbessern. Wir wollen ein Modell ehrenamtlicher Begleiterinnen und Begleiter einführen, die in den Bussen auf Fairness und Sauberkeit achten und zu einem entsprechenden Verhalten anleiten.
- Angsträume in der Stadt beseitigen. Wir wollen deswegen die Beleuchtung von Wegen und Straßen, wo nötig, verbessern und so insbesondere Mädchen, Frauen und älteren Menschen mehr Sicherheit geben.
- häuslicher Gewalt vorbeugen und Betroffenen schnell helfen. Das Netz von Sozial- und Hilfeeinrichtungen wollen wir deswegen erhalten. Wir wollen die Beratung für Frauen in Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz sicherstellen.

Wir wollen die Sauberkeit in Münster verbessern. Dabei ist es besser vorzubeugen als Schäden zu beseitigen. Wir wollen deswegen

- der Verunstaltung der Stadt mit wilden Graffitis dadurch vorbeugen, dass wir für eine konsequente und schnelle Beseitigung sorgen und dem „wildem Sprayen“ so seinen Reiz nehmen. Wir wollen außerdem die Möglichkeiten einer technischen Vorbeugung an Hausfassaden unterstützen und fördern. Zugleich wollen wir verstärkt Möglichkeiten für legales Sprayen schaffen.
- eine Aktion „Saubere City“. Mit den Abfallwirtschaftsbetrieben, Kaufleuten und Anwohnerinnen und Anwohnern wollen wir eine Initiative für eine schnellere und bessere Säuberung der Stadt, auch gerade an Wochenenden, entwickeln.
- in den Wohnvierteln und Stadtteilen nicht nur mit einer besseren Informationspolitik, sondern auch mit einer mobilen und schnell einsatzfähigen Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abfallwirtschaftsbetriebe „wilde“ Müllhaufen unterbinden und, wenn nötig, zügig beseitigen, um die Lebensqualität für die Menschen vor Ort zu erhöhen.

Weil wir das Leben in unserer Stadt für attraktiv halten, wollen wir auch mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger gewinnen. Wir wollen deswegen eine Erstwohnsitzinitiative für Studierende auf den Weg bringen. Neu zugezogene Studierende sollen damit dazu bewegt werden, sich in Münster mit dem Erstwohnsitz anzumelden. Ein Willkommenspaket der Stadt soll das Dankeschön dafür sein – die Stadt kann z.B. im ersten Semester die Finanzierung des Semestertickets übernehmen. Die Vorteile sind dann auf beiden Seiten: Durch die nach Zahl der Erstwohnsitze berechnete Schlüsselzuweisung des Landes erhält die Stadt erheblich höhere Einnahmen und dauerhaft ein Vielfaches von dem, was sie einmalig als Willkommenspaket für die Studierenden aussetzt.

Mobilität und Verkehr in Münster

Zu einer lebenswerten und lebendigen Stadt gehört Mobilität. Die Lebensqualität in Münster hängt ganz wesentlich von einem leistungsfähigen und modernen Verkehrssystem ab, das den Individualverkehr und den öffentlichen

Personennahverkehr gleichermaßen berücksichtigt. Bei einer Weiterentwicklung setzen wir auf eine nachhaltige, ökologische und stadtverträgliche Modernisierung.

Wir wollen deshalb die **Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs in Münster weiter ausbauen**. Dazu setzen wir vor allem auf den Umbau des Bahnhofs und unser Gesamtkonzept. Darüber hinaus wollen wir aber weitere Schritte gehen: Mit der Einführung eines neuen Tickets für Schülerinnen und Schüler beseitigen wir nicht nur Fehlsubventionen bei der Fahrtkostenerstattung, sondern machen die Nutzung von Bus und Bahn für Schülerinnen und Schüler zugleich deutlich interessanter. Mittel- und langfristig setzen wir auch auf den Ausbau schienengebundener Konzepte. Die Reaktivierung der Westdeutschen Landeseisenbahn im Südosten der Stadt bleibt weiterhin unser Ziel; langfristig wollen wir im Rahmen eines Stadtbahnkonzepts die Erreichbarkeit und die Anbindung der Außenstadtteile an das Zentrum und das Umland auf dem Schienenweg verbessern.

Im Hinblick auf den Individualverkehr wollen wir Münsters Rang als „Fahrradhauptstadt“ weiter behaupten und die Stadt für Radfahrerinnen und Radfahrer noch attraktiver machen. Wir wollen daher bestehende Lücken im Radwegenetz systematisch schließen. Diese Maßnahmen werden wir aus den Stellplatzablösesummen finanzieren, die durch einen Verzicht auf eine Tiefgarage unter dem Ludgerikreisel verfügbar werden. Auf der Ostseite des Bahnhofs werden wir mit einer neuen, kleineren Radstation das Fahrradchaos am Bahnhof eindämmen und die Möglichkeiten für Radfahrerinnen und Radfahrer, in Bus und Bahn umzusteigen, deutlich verbessern. Eine derartige Investition können wir aus den freiwerdenden Beträgen für die Stellplatzablösen finanzieren.

Auch die Mobilität mit dem Auto wollen wir sicherstellen, dazu gehört insbesondere auch die Erreichbarkeit der Innenstadt. Wir wollen dabei aber eine Balance finden zwischen den Mobilitätsbedürfnissen vieler Menschen und dem Anspruch von Anwohnerinnen und Anwohnern, dass sie nur so weit wie nötig durch den Verkehr belastet werden. Lasten müssen gerecht verteilt werden.

- Eine Tiefgarage unter dem Ludgerikreisel lehnen wir ab. Die Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner, der ungeheure Kostenaufwand und die städtebaulich unverantwortliche Planung sind starke Argumente gegen dieses Bauvorhaben.
- Zur Erreichbarkeit der Innenstadt gehört aber ausreichend vorhandener Parkraum. Die Bürgerinnen und Bürger Münsters müssen ebenso wie die Gäste unserer Stadt die Möglichkeit haben, in der Innenstadt schnell und bequem parken zu können. Wir lehnen daher die Vernichtung vorhandener Stellplätze, wie sie von der derzeitigen Ratsmehrheit mit Millionenaufwand an der Engelschanze praktiziert worden ist, ab. Falls durch neue Einzelhandelsangebote oder Bauvorhaben in der Innenstadt weiterer Bedarf an Parkplätzen entsteht, können wir uns den Bau eines weiteren Parkhauses vorstellen. Der geeignete Standort dafür ist die Georgskommende.
- Vorhandenen Parkraum wollen wir besser nutzen. Dazu gehört ein modernisiertes Parkmanagementsystem, das auch über Internet oder Handy abgefragt werden kann ebenso wie die Öffnung von vorhandenen Stellflächen der Stadt für die Öffentlichkeit zu besonderen Stoßzeiten.
- In den von starkem Parkdruck belasteten Wohnquartieren der Innenstadt muss das heutige Stellplatzangebot erhalten bleiben und vorrangig den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Verfügung stehen.
- Wir treten auch in den Stadtteilen für eine Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner ein. Deswegen wollen wir den Bau von Ortsumgehungen in Roxel und Wolbeck vorantreiben. Wir unterstützen auch weiter den Ausbau der B 51 mit dem geplanten Anschluss an den Schiffahrter Damm.
- Eine zusätzliche Belastung von Anwohnerinnen und Anwohnern durch eine III. Nordtangente lehnen wir dagegen ab – auch deshalb, weil deren Entlastungsfunktion nicht einmal für den Innenstadtring nachgewiesen werden konnte. Die zusätzliche Belastung durch dieses Projekt steht in keinem Verhältnis zu einem möglichen Nutzen.

Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität in Münster und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Stadt. Mit unserer Politik wollen wir einen gerechten und fairen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen herstellen: Viele Menschen sind auf ihr Auto, auf den Bus, die Bahn oder das Fahrrad angewiesen, zugleich haben sie als Anwohnerinnen und Anwohner ein Recht darauf, nur so weit wie nötig belastet zu werden. Unsere Verkehrspolitik ist deswegen nicht nur ein Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung, sondern sie trägt auch dazu bei, Münster attraktiver zu machen. Von zentraler Bedeutung ist für uns, dass die Verkehrspolitik in unserer Stadt in Zukunft Chancen und Lasten wieder gerechter verteilt.

INNOVATION UND GERECHTIGKEIT – DEN WANDEL VON WIRTSCHAFT UND ARBEIT GESTALTEN

Auch in Münster ist der Wandel von Wirtschaft und Arbeit längst im Gange. Die Zentralisierung im Banken- und Versicherungsgewerbe, Rationalierungsmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und nicht zuletzt vermehrte Insolvenzen in der mittelständischen Wirtschaft haben uns gezeigt, dass wir den Wirtschaftsstandort Münster weiterentwickeln müssen, um langfristig Arbeitsplätze und Wohlstand in unserer Stadt zu sichern. Von 1994 – 1999 haben wir in Regierungsverantwortung große Anstrengungen unternommen, den Standort Münster auf weitere tragende Säulen zu stellen. Erfolgreiche Beispiele dieser von uns in Regierungsverantwortung für Münster begonnenen Politik der wirtschaftlichen Erneuerung sind die Revitalisierung des Hafengebietes, die Förderung von Unternehmen im Bereich der Nano- und Biotechnologie - insbesondere im Technologiehof -, sowie die Entwicklung des Gewerbegebiets Loddenheide. In den letzten fünf Jahren ist diese konsequente Modernisierungspolitik weitgehend zum Stillstand gekommen. Diese Zeit waren nicht nur verlorene Jahre für den Wirtschaftsstandort Münster, sondern dies bedeutete konkret auch verlorene Arbeitsplätze in unserer Stadt.

Unsere Politik für Wirtschaft und Arbeit verbindet Innovation und Gerechtigkeit. In diesem Ansatz vereinen wir unsere Strategie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die

Stärkung existierender Wirtschaftszweige und somit die Sicherung bestehender Arbeitsplätze, sowie eine faire und gerechte Ausgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wirtschaftliche Erneuerung – Innovativ in die Zukunft

Das Leitbild für unsere Strategie der wirtschaftlichen Modernisierung ist die Profilierung Münsters als **Gesundheitsstadt**. Schon heute ist die Gesundheitswirtschaft die beschäftigungsstärkste Einzelbranche in Münster. Ihre Beschäftigungspotenziale sind jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Die mit der demographischen Entwicklung einhergehende Alterung der Gesellschaft und das steigende Gesundheitsbewusstsein der Menschen wird diese Entwicklung weiter verstärken. Die Menschen werden zunehmend Leistungen der Gesundheitsbranche nachfragen und bereit sein, mehr Geld für ihre Gesundheit auszugeben. Die Gesundheitswirtschaft ist ein Wachstumsmarkt der Zukunft.

Münster birgt mit seinen Hochschulen, Kliniken, Forschungseinrichtungen, Ausbildungsstätten, medizinischen und medizinnahen Angeboten, Firmen des Gesundheitshandwerks, der Pharmaindustrie und der Medizintechnik enorme Potenziale einer gesundheitswirtschaftlichen Profilierung. Unser Ziel ist die konsequente Entwicklung eines „Medizinclusters“ für Münster: Wir streben eine Konzentration von Forschung, Entwicklung und möglichst auch Produktion im medizinischen Bereich am Standort Münster an. Mit dem Gesundheitshaus haben wir bereits in Regierungsverantwortung einen erfolgreichen Baustein geschaffen. Bei der Ausnutzung vorhandener Potenziale kann es aber nicht bleiben. Der Standort braucht weitere Impulse und aktivierende Institutionen. Daher setzen wir uns aktiv bei der Bundesregierung für die Ansiedlung des „Instituts für Qualität im Gesundheitswesen“ ein.

Wir wollen keine isolierte Strategie, sondern eine sinnvolle Einbettung in bereits vorhandene Konzepte zur Förderung der Nano- und Biotechnologie sowie der sogenannten Lebenswissenschaften („Life Sciences“) in der Region Münster. Deswegen wollen wir unsere erfolgreiche Politik aus den Jahren 1994-1999

fortsetzen und intensivieren – die Förderung der Nano- und Biotechnologie in Münster. Mit Technologiehof und Technologiepark sind in unserer Regierungszeit bereits wichtige Voraussetzungen geschaffen worden. Neben der Gesundheitsbranche hat dieser Wirtschaftszweig enorme Chancen, für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu sorgen. Auch für diese Entwicklung bietet der Standort Münster mit seiner erstklassigen Wissenschafts- und Forschungslandschaft einen standortspezifischen Vorteil, der hohe Attraktivität für potentielle Investoren besitzt. Diesen wichtigen Zugang zu aktuellen Erkenntnissen aus der Forschung garantieren nicht zuletzt die Münsteraner Hochschulen. Sie sorgen darüber hinaus auch dafür, dass Unternehmen in Münster einen Arbeitsmarkt mit gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Menschen vorfinden.

Unsere Wirtschaftspolitik zielt jedoch nicht nur darauf, Unternehmen Anreize zu bieten, sich in Münster anzusiedeln, auch die Gründung neuer Unternehmen hat bei uns Priorität. In diesem Zusammenhang sehen wir die Hochschulen als Ausgangspunkt für die Unternehmensgründung. Das hohe wissenschaftliche Potenzial der Hochschulen muss auch für Unternehmensgründungen genutzt werden. Gründerinnen und Gründer haben noch immer zahlreiche Hürden zu überwinden: Die Auseinandersetzung mit der Bürokratie, die Suche nach Kapitalgebern und die Entwicklung tragfähiger Vermarktungsstrategien stellen hohe Anforderungen, die es bei der Unternehmensgründung zu meistern gilt. Unsere Zielrichtung ist daher klar: Wir wollen den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft intensivieren und Gründerinnen und Gründern bei der Überwindung solcher Hürden unterstützen. Erreichen wollen wir das durch ein „Innovationsnetzwerk Wirtschaft + Wissenschaft“, innerhalb dessen systematisch Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hochschulen entwickelt, Produkt- und Vermarktungsideen entworfen, Fördermöglichkeiten vermittelt und aktive Clusterstrategien verabredet werden.

Zur Unterstützung dieses Netzwerkes wollen wir die Gründung einer „Wissensagentur“ anstoßen. Sie soll als Maklerin fungieren zum engeren

Informationsaustausch zwischen Forschung, möglichen Kapitalgebern, den Anbietern spezifischer Weiterbildungsmöglichkeiten und der lokalen Wirtschaft. Als Instrument der lokalen und regionalen Strukturförderung soll sie insbesondere der mittelständischen Wirtschaft durch einen direkteren Zugang zu aktuellen Erkenntnissen der Forschung innovative Impulse verleihen. Darüber hinaus soll sie potenziellen Unternehmensgründerinnen und –gründern als Pfadfinder durch den Dschungel von Anträgen und Formularen, Förderprogrammen, möglichen Kapitalgebern und den Angeboten zur Weiterbildung unterstützend zur Seite stehen. Mit der Agentur soll keine Konkurrenz zu bestehenden Systemen geschaffen werden; diese sollen nur transparenter gemacht, Wege im System sollen optimiert und verkürzt werden. So erhöhen wir die Chancen für eine verstärkte Umsetzung von Ideen zu marktreifen Produkten und mindern die Gefahren, dass potenzielle Gründerinnen und Gründer, abgeschreckt durch zu hohe Hürden, auf die konkrete Unternehmensgründung verzichten.

Mit unserer Politik der wirtschaftlichen Innovation in den Feldern Gesundheit und Technologie verbinden wir Chancen für die Weiterentwicklung und Stärkung des **Messestandortes Münster**. Umso stärker die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Bereichen voranschreiten wird, desto mehr wird Münster auch zu einem Ort des Informationsaustausches und Präsentation dieser Leistungen avancieren. Mit dem Ausbau der Halle Münsterland ist unsere Stadt auf diese Entwicklung vorbereitet. Wir wollen Münster zu einer attraktiven Messestadt ausbauen.

Wir wollen die Stärken unserer Stadt ausbauen anstatt eine ruinöse Standortkonkurrenz mit anderen Kommunen um die billigsten Gewerbeflächen zu führen. Interkommunale Gewerbegebiete, wie der Airport-Park am FMO, sind daher ein richtiger Ansatz, um vorhandene Kompetenzen im Einklang mit der Region zu bündeln.

Auch in der Stadt selbst brauchen wir neue Gewerbeflächen. Dazu setzen wir auf den Ausbau der Flächen in Amelsbüren, der in den letzten Jahren verschleppt wurde

und unbedingt vorangetrieben werden muss. Für eine erfolgreiche Vermarktung der Flächen ist ein Autobahnanschluss dringend erforderlich.

Arbeitsplätze und Wohlstand sichern – das wirtschaftliche Fundament stärken

Unsere Strategie der wirtschaftlichen Erneuerung steht im Einklang mit der Struktur und Entwicklung in der Stadt und der Region. Sie zielt auf die Ansiedlung neuer Unternehmen ebenso wie auf die Förderung der vorhandenen. Die vorhandenen Unternehmen in Dienstleistung und Handel, Handwerk und Industrie spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des Wandels. Sie bilden das Fundament für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt und werden auch zu denen gehören, die maßgeblich von der Entwicklung profitieren werden. Unser Ansatz der Clusterbildung in den Bereichen Gesundheit und Nano- und Biotechnologie setzt auf eine aktive Einbeziehung aller Akteure vor Ort.

Die mittelständische Wirtschaft wird der Motor der effizienteren Organisation und Ausgestaltung des Wissens- und Forschungstransfers in Münster sein. Sie sind und bleiben der Garant für die Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Wohlstand in der Stadt und der Region.

Münster ist seit jeher eine Einkaufsstadt mit hoher Attraktivität für die Münsteranerinnen und Münsteraner und starker regionaler und überregionaler Anziehungskraft. Der Handel prägt nicht nur den münsterschen Arbeits- und Ausbildungsmarkt, sondern trägt erheblich zur Finanzkraft der Stadt bei. Diesen starken Faktor Münsteraner Wirtschaftskraft wollen wir sichern und ausbauen. Die Konkurrenz innerhalb des Handels und zwischen den Städten - insbesondere zwischen den Oberzentren – nimmt seit Jahren zu. Veränderte Kundenwünsche stellen den Handel vor enorme Herausforderungen. Es ist unser Ziel, die Attraktivität Münsters als Einkaufsstadt durch Innovationsbereitschaft und Weiterentwicklung zu fördern. Wir wollen für den Handel Rahmenbedingungen schaffen, die es ihm ermöglichen, auf die zunehmenden Veränderungen flexibler und schneller als bisher reagieren zu können.

Diesen Herausforderungen wollen wir vorausschauend und offensiv begegnen. Es gilt, die Anziehungskraft der Stadt zu bewahren und weiterzuentwickeln. Dazu

brauchen wir ein Einzelhandelsangebot, das im regionalen und überregionalen Wettbewerb attraktiv und leistungsfähig ist. Mit den vorhandenen Standortqualität ist ein gutes Fundament gelegt, vom dem aus wir die Weiterentwicklung gestalten wollen.

Wir begrüßen den Bau der Sparkassen-Arkaden, der die Innenstadt noch attraktiver machen wird. Jedoch darf es nicht bei dieser Einzelmaßnahme bleiben. Wir brauchen ein integriertes Gesamtkonzept. Die von der derzeitigen Ratsmehrheit bislang verhinderte Bebauung der Stubengasse wollen wir schnell vorantreiben, und so einen weiteren wichtigen Entwicklungsschritt endlich gehen. Mit der Sanierung des Bahnhofes und der Neugestaltung seines Umfeldes, wollen wir auch neue Einzelhandelsoptionen schaffen und so eine Brücke zum attraktiven Hafenviertel schlagen.

Unser Ziel ist eine integrierte Stadtentwicklung. Daher wollen wir unsere Einzelhandelspolitik nicht nur aus der Innenstadt heraus denken. Eine Aufwertung der Stadtteilzentren ist dabei für uns zentraler Bestandteil, um die Wohn- und Lebensqualität unserer Stadt zu erhalten. In der stadtteilnahen Versorgung werden sich die Anstrengungen darauf zu richten haben, den Bestand zu sichern und Weiterentwicklungen für eine auch in Zukunft leistungsfähige Einzelhandelsversorgung vor Ort zu ermöglichen. Daher wollen wir konkrete Maßnahmen im Stadtteilmanagement, integrierte Handlungskonzepte und Stadtteilrahmenpläne. Sie können die Lebendigkeit von Stadtteilen und Stadtteilzentren besser erfassen als eine ausschließlich an Investorenwünschen orientierte Flächenbereitstellung. Bei der Gestaltung des Wandels wollen wir die Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt unserer Überlegungen zu stellen. Diese Politik verspricht die wirtschaftlich erfolgreiche Weiterentwicklung des Einzelhandels und eine Steigerung der Lebensqualität in der gesamten Stadt.

Münster ist ein anerkannter und hochkarätiger Verwaltungsstandort. Den laufenden Umbau des Behördenstandorts Münster wollen wir offensiv gestalten, indem wir die Vorteile und Chancen des Standorts aufzeigen. Wir wollen daher Münster zu einem Modellstandort für Verwaltungskompetenz und

Verwaltungsqualifikation ausbauen. Überdurchschnittliche Leistung und hochwertige Ausbildungswege müssen den Verwaltungsstandort Münster kennzeichnen. Wir fordern eine Initiative „Münster-Administration“, unter deren Dach sich die ausbildenden Hochschulen und die ansässigen Behörden stärker vernetzen und auf ein gemeinsames Handlungsprogramm verständigen sollen.

Der Flughafen Münster/Osnabrück ist ein bedeutender Faktor des privaten und wirtschaftlichen Lebens in der Region des Münsterlandes. Die Möglichkeit, Güter per Luftfracht in die ganze Welt zu verschicken, stärkt die Positionen der regionalen Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Gerade in Zeiten, in der sich das wirtschaftliche Handeln zunehmend global vollzieht, ist der Flughafen für die in der Region tätigen Unternehmen ein enormer Standortvorteil. Der FMO garantiert den Firmen schnelle und sichere Verbindungen zu wichtigen Absatzmärkten, und macht sie umgekehrt für ihre Kunden in gleicher Weise gut erreichbar. Wir wollen deshalb diesen Standortvorteil bewahren und ausbauen, damit die Wirtschaftskraft der Region weiter gefestigt und ausgebaut wird. Wir haben in der Vergangenheit alle notwendigen Ausbaumaßnahmen am Flughafen, wie z.B. das neue Terminalgebäude, unterstützt. Damit sind für die weitere Entwicklung des Flughafens und der Region wichtige Zukunftsperspektiven geschaffen worden. Wir fordern daher einen zügigen Abschluss des Planfeststellungsverfahrens zu einer möglichen Verlängerung der Start- und Landebahn am FMO.

Fair Wirtschaften – Gerechte Daseinsvorsorge und zielgenaue Arbeitsmarktpolitik

Die Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge stehen für eine verlässliche und an den lokalen Bedürfnissen ausgerichtete Politik. Sie garantieren hohe Qualität ihrer Leistungen zu fairen Preisen. So stehen sie nicht nur für Erfolg in der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zur sozialen Balance in unserer Stadt.

Die Stadtwerke sind einer der wichtigsten Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge in Münster. Neben dieser zentralen Funktion für die Bürgerinnen und Bürger unsere Stadt sind die Stadtwerke auch ein hochprofitables Unternehmen, das Jahr für Jahr hohe Überschüsse an die Stadt abführt. Diese funktionierenden Strukturen

dürfen nicht gefährdet werden. Wir wollen dieses Unternehmen daher im Besitz aller Bürgerinnen und Bürger belassen. Wir stehen mit unserer Auffassung Seite an Seite mit den Menschen in Münster. Sie haben mit dem Bürgerentscheid den Privatisierungsplänen der derzeitigen Ratsmehrheit eine klare Absage erteilt. Weiteren Versuchen, wertvolles Eigentum der MünsteranerInnen aus der Hand zu geben, werden wir uns erneut entschlossen entgegenstellen. Die Stadtwerke müssen hundertprozentige Tochter der Stadt Münster bleiben. Auch ohne eine Privatisierung besteht ein breites Spektrum an Weiterentwicklungsmöglichkeiten für die kommunalen Stadtwerke. Hierzu gehört selbstverständlich die Kooperation mit anderen Stadtwerken, als langfristige Perspektive aber auch die Bildung von Stadtwerke–Verbänden bis hin zu Fusionen insbesondere im Münsterland und Westfalen.

Eine klare Absage erteilen wir auch Privatisierungsbestrebungen in Bezug auf die **Wohn- und Stadtbau**. Auch den übrigen städtischen Besitz von Wohnungen wollen wir nicht privatisieren. Als Garant erschwinglichen Wohnraumes in Münster bleiben sie für uns unverzichtbar. Das Wohnen in unserer Stadt muss auch zukünftig für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Die Instrumente einer gerechten Wohnungsbaupolitik werden wir nicht aus der Hand geben. Gerade angesichts künftig möglicherweise wieder knapper werdenden Wohnraums müssen wir politische Steuerungsmöglichkeiten behalten, die preisgünstige Wohnungen in Münster verfügbar halten.

Die kommunalen Unternehmen sind das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Dieses Eigentum wollen wir nicht kurzfristigen finanziellen Erwägungen opfern, sondern sie als Garanten einer gerechten und ausgewogenen Politik erhalten.

Mit der Umsetzung der Gesetze für die modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wird auch Münster auf die anstehenden Änderungen reagieren müssen. Wir befürworten das von der SPD und dem Deutschen Städtetag gemeinsam entwickelte Modell der Aufgabenverteilung in der Arbeitsvermittlung, und lehnen es somit ab, das

sogenannte „Optionsmodell“ zu ziehen. Damit wird künftig die Arbeitsvermittlung in den Händen der Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit liegen.

Wir sehen auch weiterhin eine wichtige Rolle für die Kommunen in der Arbeitsmarktpolitik. Nicht nur in der Übergangsphase bis zum reibungslosen Funktionieren der neuen Instrumente der Bundesagentur für Arbeit treten wir für einen Fortbestand kommunaler Instrumente und Initiativen ein. Dabei setzen wir auch weiterhin auf die Arbeitsmarktinitiative Münster (AIM). Auch in Zukunft wollen wir eigene Schwerpunkte setzen und in Zusammenarbeit von Kommune und freien Trägern ein Angebot vorhalten, das sich an Zielgruppen richtet, die mit besonderen Problemlagen bei der Arbeitsvermittlung zu kämpfen haben. Dieses gilt vor allem für Maßnahmen im Bereich des Übergangs von Schule und Beruf, der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt sowie der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Bei Aufgabenüberschneidungen von Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Ebene gilt es, den Servicegedanken in den Vordergrund zu stellen. Dieses kann sich konkret in der Schaffung gemeinsamer Anlaufstellen niederschlagen.

Zur Sicherung von Arbeit und Beschäftigung setzen wir auch auf die Weiterentwicklung der Instrumente der Krisenprävention und Krisenintervention. Dazu wollen wir die Etablierung eines Systems zur Unterstützung bei Unternehmenskrisen und zur Vermittlung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einen neuen Job erreichen. Damit wollen wir bestehende Arbeitsplätze in Münster erhalten und sichern.

Eine erfolgreiche Standortpolitik beinhaltet jedoch nicht nur wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Für die Wettbewerbsfähigkeit und damit für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Münster ist es nicht zuletzt auch notwendig eine Balance zwischen Erwerbsarbeit und Familienleben herzustellen. Gut ausgebaute Kinderbetreuungseinrichtungen sind ein wichtiger weicher Standortfaktor und stärken den Wirtschaftsstandort Münster.

BILDUNG – LERNEN IN MÜNSTER

Münster ist die Stadt der Bildung und der Wissenschaft – mit einem einzigartigen und vielfältigen Angebot von Schulen, Berufskollegs, Hochschulen und Institutionen der Weiterbildung gibt es ein dichtes Netz von Bildungsangeboten. Die Bildung ist eine der großen Stärken unserer Stadt. Zugleich ist Bildung aber mehr – für jede und jeden Einzelnen ist sie der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Chancengleichheit wird nur durch Bildung erreicht, denn Bildung und erworbene Qualifikationen ermöglichen den Zugang zum Arbeitsmarkt und helfen, Lebenschancen zu nutzen und zu realisieren. Auch in der kommunalen Politik haben wir deswegen dafür zu sorgen, dass allen der Zugang zu Bildung offen steht, und dass die Stadt Münster optimale Voraussetzungen für ein erfolgreiches Lernen bietet. Münsters Stärke sind seine Menschen und ihre Qualifikation. Diese Stärke wollen wir weiter ausbauen.

Bildung braucht Betreuung

Nicht alle Kinder und Jugendlichen haben den gleichen Zugang zu Bildungsangeboten, die außerhalb des Schulunterrichts stattfinden. Gerade musische, sportliche und kulturelle Angebote aber sind entscheidend dafür, dass Kinder und Jugendliche eine breit angelegte Bildung erhalten können. Der Ausbau von Ganztagsangeboten, die für alle Kinder den Zugang zu solchen Angeboten ermöglichen, ist deswegen unser zentrales Ziel für die nächsten Jahre. Betreuung ist für uns nicht Notlösung oder Ersatz für fehlende Möglichkeiten des Elternhauses – Betreuungsangebote am Nachmittag ermöglichen Kindern und Jugendlichen mehr Bildungschancen als der normale Schulunterricht. Darüber hinaus sind bedarfsgerechte Betreuungsangebote die Voraussetzung für den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zum Arbeitsmarkt. Von Betreuung profitieren nicht nur die Kinder, sondern auch ihre Eltern. Wir wollen deswegen in Münster in den nächsten Jahren die Betreuungsangebote systematisch quantitativ und qualitativ erweitern.

- Wir wollen im Grundschulbereich die Offene Ganztagschule weiter ausbauen. In Bund und Land stellen sozialdemokratisch geführte Regierungen erhebliche Mittel bereit, damit bis zum Jahr 2007 jedes vierte Grundschulkind ein Betreuungsangebot wahrnehmen kann. Alle Schulen, die einen Ausbau zur Offenen Ganztagschule anstreben, sollen die Möglichkeit dazu bekommen. Bei den Angeboten setzen wir auf eine enge Kooperation mit den Vereinen in Münster und mit den freien Trägern der Jugendarbeit. Die Kinder sollen möglichst vielfältige und vielseitige Angebote musischer, sportlicher und kultureller Art wahrnehmen können. Wir wollen die Schulen durch die Mittel der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung mit den für den Ganztagsbetrieb nötigen Erweiterungen ihrer Gebäude ausstatten.
- Nach der Grundschule muss Betreuung weitergehen. Mit dem Umzug des Freiherr-von-Stein-Gymnasiums nach Gievenbeck gibt es in der Innenstadt kein Gymnasium mehr, das ein volles Ganztagsangebot vorhalten würde. Das wollen wir ändern: Auch in der Unterstufe der Gymnasien wollen wir mehr Ganztagsangebote ermöglichen, deren Vielfalt an die Offene Ganztagschule anknüpft. Auch an den Realschulen wollen wir solche Angebote umsetzen, dabei müssen dieselben Standards in der Ausstattung gelten. Vereine und Träger der freien Jugendhilfe sind hervorragende und professionelle Partner für solche Angebote. Die besondere Integrationsleistung der Hauptschulen wollen wir weiter stärken und fördern.
- Wir setzen auch auf Betreuungsangebote für die Kinder, die jünger als drei Jahre alt sind. Seit 1999 ist hier kein einziger neuer Platz eingerichtet worden. Wir wollen auch hier ein bedarfsdeckendes Angebot sicherstellen, für jedes fünfte Kind in diesem Alter soll deshalb bis 2010 ein Platzangebot zur Verfügung stehen.

Insgesamt halten wir rund tausend zusätzliche Plätze für notwendig. Für diesen quantitativen und am tatsächlichen Bedarf orientierten Ausbau wollen wir in der kommenden Ratsperiode eine klare politische Prioritätensetzung vornehmen.

Außerdem wollen wir für Eltern einen leichteren und schnelleren Zugang und Überblick über vorhandene Betreuungsplätze erreichen. Dazu setzen wir auf ein stadtweites, internetgestütztes „Stadtinformationssystem Betreuung“, das mit geringen Kosten betrieben werden kann und einen aktuellen und einfachen Zugriff auf alle wichtigen Informationen und Angebote in diesem Bereich bietet. Damit machen wir Münster zu einer wirklich familienfreundlichen Stadt.

Bildung braucht optimale Lernbedingungen

Damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Münster lernen können, brauchen sie gute Rahmenbedingungen. Durch jahrelangen Stillstand herrscht an vielen Schulen ein großer Sanierungsbedarf. Es mangelt an Fachräumen, und an vielen Schulen müssen dringend Reparaturen auch in größerem Umfang vorgenommen oder Räume ergänzt werden. Auch die Ausstattung vieler Schulen muss verbessert werden. Schulen brauchen Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Wir wollen deswegen ein umfassendes, öffentlich überprüfbares und verlässliches Sanierungs- und Ausstattungsprogramm für die nächsten fünf Jahre auflegen. Dieses Programm wollen wir über zwei Säulen finanzieren:

- Die Schulpauschale des Landes Nordrhein-Westfalen, die von der sozialdemokratisch geführten Landesregierung für Schulbau und Schulsanierung zur Verfügung gestellt wird, soll Münsters Schulen in voller Höhe zu Gute kommen. Im Jahr 2004 beträgt diese Schulpauschale 7,5 Millionen Euro – das ist nicht nur eine erhebliche freiwillige Leistung des Landes, sondern auch deutlich mehr als andere Städte erhalten. Die Schulpauschale soll einen wesentlichen Anteil der Finanzierung eines solchen Programms übernehmen.
- Der Ausbau und die Sanierung von Schulen ist aber nach dem Gesetz keine Landesaufgabe, sondern Sache der Stadt. Wir wollen dieser Verantwortung wieder gerecht werden und deshalb die Mittel der Schulpauschale um einen zusätzlichen Betrag aus städtischen Mitteln aufstocken. Wir wollen dafür einen Teil des Jahresgewinns der Stadtwerke aufwenden – ein weiterer Grund, die Stadtwerke nicht zu verkaufen. Das Unternehmen, das allen

Bürgerinnen und Bürgern gehört, schüttet seine Gewinne an die Stadt aus und ermöglicht so Zukunftsinvestitionen in Bildung – auch in die Sanierung und Ausstattung unserer Schulen.

Wir gehen davon aus, dass ein kontinuierliches Sanierungsprogramm auf die Dauer gesehen erhebliche Kosten einsparen hilft, insofern ist eine solche Anstrengung auch ein Beitrag zu einer nachhaltig orientierten Stadtpolitik. Investitionen in die Lernbedingungen sind zugleich eine Investition in die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen und daher auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Bildung braucht Förderung

Unser Ziel ist zielgenaue und individuelle Förderung der Starken und der Schwachen. Integrative Lösungen halten wir dabei für besser als selektive. Daher wollen wir benachteiligte Kinder und Jugendliche ebenso in ihrem sozialen Umfeld und in ihren Lerngruppen fördern wie besonders begabte. Auch die jüngsten Bildungsstudien haben gezeigt, dass gemischte Lerngruppen die erfolgreichsten sind.

Der von uns 1994 – 1999 eingeführte integrative Unterricht an den Grundschulen soll deshalb weiter gefördert werden, aber wir setzen auch darauf, dass an den weiterführenden Schulen ebenfalls integrativ orientierte Lernangebote eingerichtet werden. Dazu fordern wir nicht nur eine Veränderung der Landesgesetzgebung, sondern wir wollen auch mit den derzeit vorhandenen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass in Münster integrative Schulangebote in der Sekundarstufe I angeboten werden.

Wir setzen darauf, Jugendlichen den Übergang in ein selbstbestimmtes Berufsleben zu erleichtern. Jungen und Mädchen brauchen frühzeitig eine geschlechtergerechte Begleitung in der Auseinandersetzung mit ihrer Berufswahlorientierung und Lebensplanung. Wir wollen die Programme für schulmüde Jugendliche verstetigen. Es genügt nicht, nur zeitlich befristete Projekte aufzulegen, denn gerade diese Jugendlichen brauchen eine dauerhafte und langfristig angelegte Hilfestellung. Es ist deshalb wichtig, dafür zu sorgen, dass solche Programme auf Stetigkeit und Verlässlichkeit konzipiert sind. Im Bereich der gymnasialen Oberstufe wollen wir mit dem Projekt „Job-Check“ die Berufsorientierung von Jugendlichen fördern, um

einen reibungslosen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Übergänge von allgemein bildenden Schulen in die Bildungsgänge der Berufskollegs wollen wir verbessern und die Beratungsangebote für Schülerinnen und Schülern an dieser Schnittstelle deutlich ausbauen. Die Vermittlungschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Berufsgrundschuljahren sollen durch gezielte Programme deutlich verbessert werden.

Wir brauchen eng vernetzte und abgestimmte Angebote der Schulen und der freien Jugendhilfe. Derzeit laufen zu viele Projekte nicht ausreichend koordiniert nebeneinander, die Mittel können daher effizienter und zielgenauer eingesetzt werden, damit sie denen zu Gute kommen, die auf die Hilfe angewiesen sind. Wir wollen daher die Arbeit der Schulverwaltung, der Jugendhilfe und der Stiftungen in Münster besser aufeinander abstimmen und klare Förderschwerpunkte bei der Integration und der Hilfe bei Einstieg in das Berufsleben setzen.

Wir fordern auch, dass die Kultureinrichtungen in Münster offensiv auf Jugend- und Bildungseinrichtungen, vor allem aber auf die Kinder und Jugendlichen zugehen. Es reicht nicht aus, bloß Angebote bereitzustellen. Auch kulturelle Weiterbildung, die Defizite ausgleichen kann, soll durch attraktive Angebote der Volkshochschule und durch kulturpädagogische Programme von Stadtmuseum, Stadtbibliothek und Theater vorgehalten werden.

Wir brauchen eine gezielte Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher. Wir wollen stadtweit besondere Angebote und Wettbewerbe ausschreiben: Schon jetzt zeichnen sich viele Schülerinnen und Schüler in Münster jedes Jahr beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten aus. Mit einem „Preis der Stadt Münster“ werden besondere Schülerleistungen ausgezeichnet. Der Preis wird jährlich mit unterschiedlicher Schwerpunktbildung ausgeschrieben und berücksichtigt die unterschiedlichen Schülergruppen. Daran anschließen sollen sich gezielte Förderungen im musikalischen und im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich umsetzen: Wir werden Begabtennetzwerke schaffen, die schulübergreifend die Teilnahme an besonderen Förderangeboten ermöglichen. Mit einem kommunalen Wettbewerb wollen wir solche Leistungen fördern und honorieren. Die laufenden Angebote eines „Junior-Studiums“ an der Universität sollen weiterentwickelt werden. Mit diesen neuen und

gezielten Förderangeboten wollen wir Bildungschancen gerecht verteilen. Besondere Begabungen und Fähigkeiten können wir dadurch ebenso zielgerichtet fördern wie wir Benachteiligungen auszugleichen versuchen, damit Kinder und Jugendliche mehr Möglichkeiten bekommen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Bildung braucht Freiheit

Schulen und Bildungseinrichtungen brauchen den nötigen Freiraum, um für Kinder, Jugendliche und Erwachsene optimale Lernbedingungen herstellen zu können. Wir setzen daher auf das Projekt Selbständige Schule, das die sozialdemokratisch geführte Landesregierung auf den Weg gebracht hat. Schulen sollen ihre Budgets selbst verwalten, ihre Lehrer selbst einstellen und ihre Unterrichtskonzepte und ihr Schulprofil freier gestalten können. In Münster haben sich viele Schulen an das Projekt gewagt, und wir wollen, sobald erste positive Ergebnisse vorliegen, diese - wo immer möglich - stadtweit umsetzen. Wo immer kommunale Möglichkeiten dazu bestehen, muss Verwaltung und Bürokratie abgebaut werden und dadurch der Freiraum der einzelnen Schulen vergrößert werden.

Zur Freiheit gehören auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen die Arbeit der Vertretungen der Schülerinnen und Schüler fördern und organisatorisch unterstützen, auch durch eine städtische Beratung und durch Hilfestellungen für das freiwillige Engagement in den Vertretungen. Es soll außerdem ein Jugendparlament geben, und im Schulausschuss soll das Mitspracherecht für Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler auf Stadtebene wieder belebt werden.

Wir wollen, dass alle Eltern die geeignete weiterführende Schule für ihr Kind unabhängig vom Wohnort und der Lage der Schule frei wählen können. Dazu gehört, dass jede Schule gleichermaßen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein muss. Wir werden deshalb die bisherigen Fehlsubventionen bei der Schülerfahrtkostenerstattung beenden und die Mittel stattdessen in ein Ticket für

alle Schülerinnen und Schüler investieren, das allen gleichermaßen zu Gute kommt, gleichgültig zu welcher Schule sie gehen und wie weit sie von ihr entfernt wohnen.

Bildung braucht Vielfalt

Schulen und Bildungseinrichtungen leben von der Vielfalt. Wir setzen auf die Pluralität städtischer und privater Bildungsangebote in Münster. Wir wollen nicht nur städtische Einrichtungen fördern, sondern auch privates und ehrenamtliches Engagement für Bildung und Weiterbildung. So müssen beispielsweise neben der städtischen Westfälischen Schule für Musik auch die privaten Musikschulangebote so ausgestattet werden, dass sie in den Außenstadtteilen ihre hervorragende und anerkannte, vielfach von ehrenamtlichem Engagement getragene Arbeit gesichert fortsetzen können.

Wir wollen das städtische Bildungsangebot dadurch verbessern und ausbauen, dass wir die Kompetenzen der Hochschulen in Münster viel stärker als bisher einbeziehen. Die zahlreichen Fachwissenschaftler, insbesondere aber die Fachbereiche Pädagogik und Sozialpädagogik der Hochschulen, laden wir ein, sich an der Planung und Konzeption der Bildungsangebote in Münster zu beteiligen und ihre Kompetenzen auch in konkrete Kooperationsprojekte insbesondere von Schulen und Hochschulen einzubringen, von denen Schülerinnen und Schüler unmittelbar profitieren können.

Wir setzen außerdem auf Vielfalt in der Sekundarstufe II, insbesondere an den Gymnasien in Münster. Eine differenzierte Oberstufe setzt ein ausreichendes Angebot an Leistungskursen voraus, damit Schülerinnen und Schüler wirklich nach ihren Interessen und Neigungen wählen können. Wir haben festzustellen, dass derzeit an vielen Schulen Wahlmöglichkeiten nicht in ausreichender Zahl bestehen, angesichts perspektivisch sinkender Zahlen von Schülerinnen und Schülern wird sich das Angebot möglicherweise noch weiter verringern. Wir wollen deswegen darauf hinwirken, dass die bisher schon bestehenden Kooperationen von Schulen deutlich erweitert werden, um Schülerinnen und Schülern wirkliche Wahlmöglichkeiten zu ermöglichen.

Zur Vielfalt gehört ein ausreichend differenziertes Bildungsangebot, das wirkliche Wahlmöglichkeiten und Optionen bereitstellt. Deswegen müssen die oberzentralen

Funktionen Münsters auch in der kommunalen Bildungslandschaft gestärkt werden. Gerade im Bereich der beruflichen Bildung werden wir dem Trend entgegenwirken, dass vermehrt Fachklassen ins Umland abwandern. Die Profilbildung der Berufskollegs, die wir 1994 – 1999 angestoßen haben, wollen wir so fortschreiben und weiterentwickeln, dass wir ein möglichst vielfältiges Angebot an beruflichen Bildungsgängen vorhalten. Außerdem werden wir uns gezielt auch weiter für den Ausbau des Fachschulwesens und der Einrichtung neuer doppelqualifizierender Bildungsgänge stark machen, die neben der Fachhochschulreife einen Berufsabschluss nach Landesrecht vermitteln. Angesichts des zurückgehenden Lehrstellenangebotes und dem damit verbundenen Anstieg unversorgter Jugendlicher wird hiermit jungen Menschen für ihre berufliche Zukunft ein qualifiziertes Bildungsangebot geboten.

Bildung braucht Vorfahrt

Wir setzen uns in den kommenden fünf Jahren für einen klaren Schwerpunkt der kommunalen Politik im Bereich der Bildungspolitik ein. Bildung genießt bei uns Priorität, weil sie den Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben darstellt. Investitionen in Bildung sind nicht nur Investitionen in unsere Zukunft, sondern auch ein zentraler Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Mit unserer Bildungspolitik für Münster wollen wir so auch einen Beitrag dazu leisten, dass Lebenschancen gerecht verteilt werden. Wir wollen Benachteiligungen ausgleichen und Leistungen fördern – Vorfahrt für die Bildungspolitik ist so ein zentraler Beitrag zu einer solidarischen und gerechten Stadtgesellschaft. In den nächsten Jahren werden wir dafür sorgen, dass diese Prioritätensetzung deutlich wird – bei Betreuungsangeboten, bei der Ausstattung und Sanierung der Schulen und bei der Förderung der Arbeit der Schulen.

Aufbruch 2004 – mehr aus Münster machen.

Dieses Programm zeigt unsere Leitlinien für die nächsten fünf Jahre. Sie sind unser Bauplan für Münsters Zukunft.

Die Leitlinien dieses Programms stellen für uns wichtige und wesentliche politische Ziele für die Stadt Münster dar.

Überdies ist die SPD in Münster eine aktive, offene und kommunikative Partei. Wir vertreten die Interessen aller Münsteranerinnen und Münsteraner. Wir wollen daher unser Wahlprogramm auch für zusätzliche Anregungen und Ideen offen halten. Im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und in Zusammenarbeit und im Dialog mit den aktiven Vereinen, Verbänden, Organisationen und Institutionen in Münster wollen wir unser Programm konkretisieren und neue Aspekte und Ideen einarbeiten.

Wir bieten darum allen interessierten Gruppierungen ausdrücklich den konstruktiven und regelmäßigen Austausch mit uns an.

Wir wollen auf dieser Grundlage 2004 den Wechsel in Münster schaffen. Am 26. September werden die Weichen gestellt.

Wir wollen endlich wieder für Bewegung sorgen und Münster gerechter und nachhaltiger gestalten. Wir haben von 1994-1999 gezeigt, dass wir Münster voranbringen können. Wir können es besser. Und wir wollen es auch wieder besser machen.